

GUSTAVE STERN

Brief aus Paris

JVLit einer „sozialen Bombe“, wie sich eine bekannte Pariser Zeitung ausdrückte, begann das neue Jahr in Frankreich: Anfang Januar wurde zwischen der Direktion der nationalisierten Autowerke *Renault* und sämtlichen Gewerkschaftsorganisationen dieses Unternehmens, in dem 65 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt sind, ein neuer Kollektivvertrag abgeschlossen, der als wichtiges Element die Gewährung eines vierwöchigen bezahlten Urlaubs je Jahr für das gesamte Personal der Werke vorsieht. In dem neuen Kollektivvertrag ist weiterhin vorgesehen, daß die bisherige Abmachung über eine auf der Basis der Produktivitätssteigerung gewährte jährliche Lohnerhöhung von vier Prozent in Kraft bleibt, und es wird schließlich, wenn auch in sehr allgemeiner Form, festgelegt, daß auf längere Sicht eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit angestrebt werden soll.

Die Renault-Werke gelten in Frankreich als das Unternehmen, das auf sozialem Gebiet „wegweisend“ ist, was übrigens nicht immer auf den guten Willen der Direktion zurückzuführen ist: denn die schärfsten sozialen Kämpfe — und die erbittertesten Streiks — wurden eben in diesem Unternehmen ausgefochten, und „Geschenke“ wurden den Renault-Arbeitern im allgemeinen nicht gemacht . . . Bleibt dennoch die Tatsache, daß die Gewährung eines bezahlten Jahresurlaubs von vier Wochen — während die gesetzlich festgelegte Urlaubszeit drei Wochen für alle Arbeiter beträgt — ohne bittere Auseinandersetzung am Verhandlungstisch erfolgte.

Bevor wir auf die bedeutenden Konsequenzen dieses Abkommens eingehen, müssen wir einen Blick auf die politisch-sozialen Hintergründe werfen, die die Vereinbarung in den Renault-Werken begleiteten. Mehrere Faktoren haben da eine Rolle gespielt: Zunächst die Tatsache, daß Arbeitsminister *Gilbert Grandval*, der dem „linken“ Flügel der gaullistischen Partei (UNR) angehört, der Direktion der Renault-Werke, die als nationalisiertes Unternehmen nicht ohne den Rat der Regierung handelt, ganz offensichtlich zu verstehen gegeben hat, daß eine mehr oder minder aufsehenerregende Maßnahme auf sozialem Gebiet der Absicht der gaullistischen Regierung entgegenkommen würde, als „sozial“ zu erscheinen, was von den Gewerkschaften bisher mit unverkennbarer Skepsis aufgenommen worden ist.

Die Direktion der Renault-Werke hatte ihrerseits einige Gründe, diesem Rat des Arbeitsministers zu entsprechen, zunächst einmal aus rein technischen Gründen: durch die sehr saisonbedingte Tätigkeit in der Automobilindustrie ist die Produktionstätigkeit im Sommer Fluktuationen unterworfen, die ergeben, daß die Werke faktisch während vier Wochen nicht funktionieren; der finanzielle Verlust, der durch einen vierwöchigen bezahlten Urlaub entsteht, ist, wie errechnet wurde, also nicht sehr bedeutend.

Aber diese Erwägung war nicht allein und vielleicht auch nicht in entscheidendem Maße ausschlaggebend: wichtiger war es für die Direktion der Renault-Werke sicherlich, die anderen Forderungen der Gewerkschaftsorganisationen durch eine aufsehererregende Konzession „abzufangen“. Die Gewerkschaftsorganisationen haben in der Tat während der Verhandlungen die Einführung der 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, eine allgemeine Lohnerhöhung, die Herabsetzung des Pensionsalters von 65 auf 60 Jahre, verstärkte Garantien gegen die Entlassungen gefordert, und noch mehr: eine Kontrolle der Betriebsdelegierten über das Arbeitstempo in den einzelnen Abteilungen, eine Kontrolle über die Festsetzung der Arbeitsqualifikationen, größere Rechte für die Betriebsdelegierten usw. Mit anderen Worten: Es handelte sich um Forderungen, die nicht nur technisch-sozialer Natur waren, sondern auch darauf abzielten, irgendwie im Betrieb das Kräfteverhältnis zwischen der Direktion und der gewerkschaftlichen Vertretung des Personals zu verändern. Der „Rat“ Grandvals und die genannten Überlegungen der Direktion trafen in diesem Falle mit den Erwägungen der Gewerkschaftsorganisationen zusammen, die davon ausgingen, daß die Erringung der vierten Urlaubswoche von genügend großem Gewicht war, um die übrigen Forderungen vorläufig „aufs Eis zu legen“.

Die Berechnung der Gewerkschaftsorganisationen hat sich als richtig erwiesen, wenn man zwei Faktoren in Betracht zieht, die unmittelbar nach dem Renault-Abkommen konstatiert werden konnten: zunächst hat der Unternehmerverband auf das Abkommen sehr verärgert reagiert und hat von seinem Vorsitzenden, *Georges Villiers*, sofort die sehr scharf gehaltene Feststellung treffen lassen, daß „zur Zeit“ nicht an eine Verallgemeinerung der Verlängerung des Jahresurlaubs über drei Wochen hinaus zu denken sei. Die Begründung? Sie ermangelt der Originalität: Die Betriebe (denen es, nach den Statistiken zu urteilen, nicht schlechtgeht) könnten diese „Belastung“ nicht ertragen, eine Verminderung der tatsächlichen Arbeitsdauer wäre für die Steigerung der Produktivität verhängnisvoll, usw.

Viel interessanter war schon, daß die Regierung etwa in der gleichen Weise reagierte und den Arbeitsminister, der „sozial“ sein wollte, indirekt der Unvorsichtigkeit zieh. Nicht weniger als drei Vertreter der Regierung ergriffen sofort nach dem Renault-Abkommen das Wort, um zu erklären, daß man „vorsichtig“ sein müsse, daß man, wie Informationsminister *Peyrefitte* erklärte, „nicht alles“ haben könne usw. Kurz: Unternehmer und Regierung waren bemüht, das Renault-Abkommen auf seine „richtigen Proportionen“ zurückzuführen.

Aber es war zu spät, und die Arbeiter der Renault-Werke sollten, wie schon so oft in der Vergangenheit, das Signal für eine gewerkschaftliche Offensive gegeben haben. Denn unmittelbar nach dem Abkommen setzte in der Tat eine Offensive der Gewerkschaftsorganisationen ein, die wahrscheinlich das gesamte soziale Geschehen in Frankreich in diesem Jahre beherrschen wird: mit einer Einmütigkeit ohnegleichen haben die drei großen Gewerkschaftsorganisationen des Landes in Einführung des vierwöchigen bezahlten Urlaubs in der gesamten französischen Industrie gefordert. Wie weitgehend diese Forderung ist, geht allein aus der Tatsache hervor, daß etwa drei Viertel der gesamten werktätigen Bevölkerung Anrecht nur auf drei Wochen bezahlten Urlaub je Jahr haben, während vier Wochen bisher, von den Renault-Arbeitern abge-

sehen, nur gewissen Beamtenkategorien sowie gewissen Angestellten und den sogenannten „Kadern“ zugebilligt worden sind.

Die Gewerkschaften haben für ihre Offensive, die sie im Prinzip in diesem Jahr zu einem positiven Abschluß bringen wollen, einen sehr günstigen Ausgangspunkt: denn kein Arbeiter sieht ein, warum er auf einen sozialen Vorteil verzichten soll, den einige seiner Kollegen bereits errungen haben, und außerdem hat angesichts der täglichen Siegesmeldungen, die die Regierung auf wirtschaftlichem Gebiet veröffentlicht, jeder den Eindruck, daß eine solche Forderung nicht als „demagogisch“ betrachtet werden kann.

Die Voraussetzungen für einen gewerkschaftlichen Sieg auf diesem Gebiet sind also günstig — um so mehr, als verschiedene, nicht unwichtige psychologische Veränderungen im Arbeiterbewußtsein in dieser Hinsicht zu verzeichnen sind. Es ist eine Tatsache, daß nach den Anstrengungen der Nachkriegsjahre in Frankreich, die (im übrigen noch bis heute) ihren Ausdruck in der Ableistung von Überstunden (bis über 55 Stunden je Woche mitunter) fanden, ein Bedürfnis nach einer Arbeitsverminderung zu verzeichnen ist. Mehr Urlaub, weniger Arbeitszeit, weniger Nervenanspannung: das sind Forderungen, die heute in Frankreich wirklich von der Arbeiterschaft gestellt werden.

Es ist deshalb auch kein Zufall, daß gleichzeitig mit der Forderung nach einem längeren bezahlten Urlaub die Rückkehr zur effektiven 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich und die Herabsetzung des Pensionsalters von 65 auf 60 Jahre gefordert wird. Die Gewerkschaften erheben diese Forderungen mit immer größerem Druck, und nicht zufällig sind im Januar auch im Parlament entsprechende Anträge unterbreitet worden.

So hat denn das „soziale Jahr“ in Frankreich recht stürmisch und auch positiv begonnen: denn das Renault-Abkommen wird, niemand zweifelt daran, der Ausgangspunkt für eine weitere soziale Errungenschaft sein — vielleicht nach harten Kämpfen.